

*Carolin Lanzke*

## Die Direktwahl als Zäsur grenzüberschreitender Parteienzusammenarbeit?

### Potenziale und Grenzen transnationaler Programm- und Wahlkampfkooperation am Beispiel von SPD und FDP im Vorfeld der ersten europäischen Direktwahlen 1979

In der Abschlusserklärung des Pariser Gipfeltreffens vom 10. Dezember 1974 bekundeten die Regierungschefs ihren Willen, die Forderung der Verträge nach der Direktwahl zum Europäischen Parlament ab dem Jahr 1978 zu verwirklichen. Diese Entscheidung stieß in Deutschland mehrheitlich auf positive Resonanz. Folgt man dem Eurobarometer No. 11, das im Mai 1979 veröffentlicht wurde, sprachen sich im Herbst 1975 insgesamt 73 % der Deutschen für eine Direktwahl des Europäischen Parlaments aus; im Frühjahr 1979 waren es sogar 80 % der Befragten. In derselben Umfrage bewerteten 66 % der Deutschen die Mitgliedschaft ihres Landes in der Europäischen Gemeinschaft als „eine gute Sache“. 35 % befürworteten sogar eine Beschleunigung der Integration, lediglich 7 % eine Verlangsamung. Die Durchschnittswerte für alle Mitgliedstaaten der EG waren vergleichbar.<sup>1</sup> Angesichts dieser Vorzeichen wurde von weiten Teilen aus Politik und Wissenschaft seinerzeit erwartet, dass sich die Zusammenarbeit zwischen den politischen Parteien der EG-Mitgliedstaaten intensiviert und in einem Wahlkampf kulminieren würde, der nicht nur thematisch, sondern auch organisatorisch Ländergrenzen überschreitet. Diese Entwicklung hätte der bisherigen wirtschaftlichen Integration ein offensichtlich gewünschtes Moment der politischen Integration als Korrelat gegenübergestellt. Tatsächlich kam es mit der Gründung der Parteienbünde durch die politischen Parteien der EG-Mitgliedstaaten im Vorfeld der ersten europäischen Direktwahlen zu einer neuen Qualität transnationaler Zusammenarbeit. Die in der Folge erarbeiteten gemeinsamen Programme und Symbole sowie Organisationsstrukturen für den Wahlkampf bargen die Chance zu Synergien zwischen den Parteien, vor allem aber zu einer Kampagne, die nicht im Nationalen verhaftet sein würde.

Inwiefern sich die grenzübergreifende Kooperation im Rahmen des deutschen Europawahlkampfes 1979 auf dessen Inhalte und Organisation niederschlug, wird am Beispiel der Parteien SPD und FDP und ihrer Parteienbünde, dem Bund sozialdemokratischer Parteien der Europäischen Gemeinschaft und der Föderation der Liberalen und Demokratischen Parteien in der Europäischen Gemeinschaft (ELD), untersucht. Eine detaillierte Betrachtung von SPD und FDP bietet sich insofern an, als dass erstens eine Volks- und eine Klienten-

1 Vgl. Eurobarometer Nr. 11, Mai 1979, „Die öffentliche Meinung in der Europäischen Gemeinschaft vor den Wahlen zum Europäischen Parlament“, <[ec.europa.eu/public\\_opinion/archives/eb/eb11/eb11\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb11/eb11_de.pdf)> (29.1.2013).

telpartei gegenübergestellt werden. Zweitens wird sich zeigen, dass beide Parteien zwar in vergleichbarem Umfang an Programmredaktion und Wahlkampforganisation auf europäischer Ebene engagiert waren, sie deren Ergebnisse jedoch in unterschiedlichem Umfang auf nationaler Ebene einsetzten. Im Rahmen der Darstellung dieser Aktivitäten werden sowohl die Impulse der ersten Direktwahl als auch Potenziale und Grenzen transnationaler Parteienkooperation in den 1970er Jahren erkennbar, die zwar bereits verschiedenfach seitens der wissenschaftlichen Forschung angesprochen, bislang aber erst in Ansätzen historiografisch im Kontext der Europawahl aufgearbeitet wurden.<sup>2</sup>

Letztlich soll damit auch ein analytischer Beitrag zur wissenschaftlichen Einordnung der deutschen Europawahl 1979 für die transnationale Parteienkooperation geleistet werden. Die erste Wahl wurde primär auf ihre strukturellen Voraussetzungen untersucht; großes Interesse galt den neu gegründeten transnationalen Parteibünden.<sup>3</sup> Darüber hinaus haben vor allem Programminhalte, das Abstimmungsverhalten der Bürger und das Rollenverständnis der Kandidaten im Zentrum deutscher bzw. auf Deutschland bezogener Forschungsaktivitäten der letzten Jahrzehnte gestanden, wie aus den Publikationslisten der „European Election Studies“ beispielhaft hervorgeht.<sup>4</sup> Diesem Kontext entstammt auch die wegweisende Studie von Karlheinz Reif und Hermann Schmitt „Nine Second-Order National Elections – A Conceptual Framework for the Analysis of European Election Results“.<sup>5</sup> Sie ordnet die Europawahl den nationalen Nebenwahlen zu, die sich durch eine geringere Partizipation, Stimmengewinne kleiner und/oder neuer Parteien sowie Stimmenverluste der Regierungsparteien auszeichnen. Dieses Modell ist seitdem immer wieder – wenn auch mit geringfügigen Einschränkungen – bestätigt worden.<sup>6</sup> Die Durchführung des Wahlkampfes selbst wird seit dem vergangenen Jahrzehnt vor allem durch kommunikationswissenschaftliche Analysen bearbeitet.<sup>7</sup> Studien, die mehrere der genannten Aspekte verknüp-

- 2 Vgl. als Überblick Jürgen Mittag (Hg.): 30 Jahre Direktwahlen zum Europäischen Parlament (1979–2009). Europawahlen und EP in der Analyse, Baden-Baden 2011, insbesondere die Beiträge von Joachim Wintzer, Emanuel Richter und Jürgen Nielsen-Sikora.
- 3 Vgl. den Forschungsüberblick in Jürgen Mittag/Claudia Hülsken: Von Sekundärwahlen zu europäisierten Wahlen? 30 Jahre Direktwahlen zum Europäischen Parlament, in: *integration* 2 (2009), S. 105–122, hier S. 106 f.
- 4 Vgl. Bibliography on the EES, <[www.piredeu.eu/public/Bib\\_EES.asp](http://www.piredeu.eu/public/Bib_EES.asp)> (1.2.2013).
- 5 Vgl. Karlheinz Reif/Hermann Schmitt: Nine Second-Order National Elections – A Conceptual Framework for the Analysis of European Election Results, in: *European Journal of Political Research* 1 (1980), S. 3–44.
- 6 Zuletzt von Alexander H. Trechsel: How much „second-order“ were the European Parliament Elections 2009?, in: Wojciech Gagarek (Hg.): *The 2009 Elections to the European Parliament. Country Reports*. Florenz 2010, S. 3–11. Vgl. auch den Forschungsüberblick in Mittag/Hülsken: *Sekundärwahlen*, S. 107.
- 7 Vgl. z. B. Jeannette Döhner: Die Europawahlen 1994 und 1998 in Deutschland. Eine Studie über die meinungsbildende Kraft der Printmedien und deren Einfluss auf das Wählerverhalten, o. O. 2005. <[geb.uni-giessen.de/geb/volltexte/2005/2388/pdf/DoehnerJeannette-2005-08-10.pdf](http://geb.uni-giessen.de/geb/volltexte/2005/2388/pdf/DoehnerJeannette-2005-08-10.pdf)> (5.6.2010); Jens Tenschler (Hg.): *Wahl-Kampf um Europa. Analysen aus Anlass der Wahlen zum Europäischen Parlament 2004*, Wiesbaden 2005.

fen und nicht nur auf der nationalen oder europäischen Ebene verharren, sind bislang eher selten.<sup>8</sup> Vor diesem Hintergrund behandelt der vorliegende Beitrag zwei Problemfelder:

In einem ersten Schritt werden die Entwicklungslinien der transnationalen Zusammenarbeit der sozialdemokratischen und der liberalen Parteien in der Europäischen Gemeinschaft sowie der Verlauf der gemeinsamen Programmarbeit nachgezeichnet.<sup>9</sup> Für die SPD betrifft dies die 1977 erarbeitete Wahlplattform, welche allerdings im selben Jahr am Veto der dänischen und englischen Mitgliedsparteien scheiterte und daher ohne Relevanz für den Europa-Wahlkampf blieb. Daher werden auch deren Surrogate, die „Politische Erklärung“ vom Juni 1978 und der Wahlauf Ruf des Bundes vom Januar 1979 betrachtet. Bei den Liberalen vollzog sich praktisch die gesamte Programmarbeitung auf europäischer Ebene, an deren Ende die Verabschiedung des „Programms für Europa“ im November 1977 stand, das auch von allen Föderationsmitgliedern genutzt wurde. Somit war die Programmarbeit für die FDP bereits abgeschlossen, während die SPD ein eigenes Wahlprogramm entwickelte. Die Analyse der Programme der transnationalen Parteienbünde wird sich dabei im Wesentlichen auf die Ausführungen über den Integrationsbegriff und die Passagen bezüglich des Parlaments beschränken.

In einem zweiten Schritt wird der Wahlkampf in Deutschland, seine Organisation, seine programmatischen Schwerpunkte, Slogans, Plakate und andere Materialien beleuchtet. Dazu werden Primärquellen aus dem Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung und dem Archiv des Liberalismus der Friedrich-Naumann-Stiftung konsultiert. Besonderes Interesse weckten dabei die Strukturen und Gremien, denen Programmarbeit sowie Planung und Durchführung der Kampagnen oblagen, aber auch Sitzungsprotokolle, vor allem von Zusammenkünften auf Ebene der transnationalen Parteienbünde. Ebenfalls hilfreich waren Wahlkampfmaterialien und Korrespondenzen der Entscheidungsträger, die ebenfalls eine Einschätzung darüber erlauben, welche Bedeutung die transnationale Zusammenarbeit für den Wahlkampf von SPD und FDP hatte.

## Die SPD und der Bund der Sozialdemokratischen Parteien der Europäischen Gemeinschaft

Die sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien knüpften 1946 mit dem „Socialist Information and Liason Office“ an ihre bis ins 19. Jahrhundert zurückreichende Tradition einer dauerhaften Kontaktebene an. 1947 wurde das „Committee of International Socialist Conferences“ ins Leben gerufen, das die 1951 gegründete „Sozialistische Internationale“ antizipierte. Zwar standen einige der sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien der im selben Jahr gegründeten Montanunion zu Beginn kritisch gegenüber, entschieden sich dann aber vor dem Hintergrund des Abschlusses der Römischen Verträge für eine verstärkte

8 Vgl. Wojciech Gagatsek: Campaigning in the European Parliament Elections, in: ders. (Hg.): The 2009 Elections to the European Parliament. Country Reports, Florenz 2010, S. 13–19, hier S. 1.

9 Vgl. hierzu auch die Beiträge von Thiemeyer und Mittag in diesem Heft.

Kooperation zwischen den Einzelparteien und der sozialistischen Fraktion im EP.<sup>10</sup> Eine weitere Intensivierung der Zusammenarbeit wurde 1969 vereinbart, wenngleich die SPD zu diesem Zeitpunkt den Gedanken einer europäischen Partei ablehnte: die Einsetzung einer supranationalen Parteispitze hätte einen machtpolitischen Verlust der nationalen Eliten bedeutet und die deutschen Sozialdemokraten, nunmehr in Regierungsverantwortung, wollten ihre Bewegungsfreiheit nicht eingeschränkt sehen. Außerdem bestanden ideologische Unterschiede, etwa zu der französischen PS und der italienischen PSI, die sich eben nicht als Volkspartei verstanden und daher viel stärker auf die Vertretung von Klasseninteressen pochten als die deutsche Partei.<sup>11</sup> Der Widerstand gegen eine engere Kooperation wurde jedoch im Hinblick auf die Direktwahlen und durch den Umstand, dass sich auch die anderen Parteienfamilien entsprechend ausrichteten, geringer.<sup>12</sup> Am 5. April 1974 kam es zur Gründung des „Bundes der Sozialdemokratischen Parteien der Europäischen Gemeinschaft“, in dem das 1957 installierte Verbindungsbüro aufging. Alle Parteien, die bereits Mitglied der Internationalen waren, wurden automatisch Mitglied des Bundes.<sup>13</sup> Da die Parteien jedoch nicht willens waren, ihre nationale Autonomie zu beschneiden – wohl auch im Hinblick auf die ideologischen Unterschiede zwischen den Parteien –, wurde ein Abstimmungsprozedere festgelegt, das die Entstehung von verbindlichen Beschlüssen quasi unmöglich machte.<sup>14</sup>

Im selben Jahr entschloss sich der sozialdemokratische Bund, gemeinsame programmatische Aussagen zu formulieren. Bereits in den 1960er Jahren hatte es eine erste Initiative zur Erarbeitung eines Rahmens für die Europapolitik der sozialistischen Parteien gegeben; das entsprechende Papier wurde 1962 vom Verbindungsbüro angenommen.<sup>15</sup> Besondere Wirkung entfaltete es jedoch nie. Im Februar 1975 wurde der Präsident des Bundes, der SPD-Politiker Wilhelm Dröcher, mit der Ausarbeitung einer Plattform beauftragt, die als Arbeitsprogramm für den Bund und die sozialistische EP-Fraktion gleichermaßen dienen

10 Vgl. Eva M. Thöne-Wille: *Die Parlamente der EG. Das europäische Parlament und die nationalen Parlamente*, Kehl/Rhein/Straßburg 1984, S. 246f.

11 Vgl. Norbert Gresch: *Zwischen Internationalismus und nationaler Selbstbehauptung – Die europäische Zusammenarbeit der sozialdemokratischen Parteien*, in: Karl Josef Hahn (Hg.): *Zusammenarbeit der Parteien in Westeuropa. Auf dem Weg zu einer neuen politischen Infrastruktur?*, Bonn 1976, S. 143–249, hier S. 231f.

12 Vgl. Thöne-Wille: *Parlamente*, S. 249.

13 Vgl. Paul H. Claes/Nicole Loeb-Mayer: *Trans-European Party Groupings: Emergence of New and Alignment of Old Parties in the Light of the Direct Elections to the European Parliament*, in: *Government and Opposition* 4/14 (1979), S. 455–478, hier S. 458.

14 Ein verbindlicher Entschluss setzt einen einstimmigen Vorschlag des Büros an den Kongress und dessen Zustimmung mit 2/3-Mehrheit voraus, vgl. Rudolf Hrbek: *Parteibünde: Unterbau der EP-Fraktionen und unverzichtbares Element einer funktionsfähigen Infrastruktur der EG. Entwicklungsstand, Probleme und Perspektiven*, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 2 (1976), S. 179–190, hier S. 188.

15 Vgl. Horst Seefeld: *Das Programm des Bundes der sozialdemokratischen Parteien*, in: Martin Bange-mann/Roland Bieber/Egon Klepsch/Horst Seefeld (Hg.): *Programme für Europa. Die Parteiprogramme der europäischen Parteibünde zur Europa-Wahl 1979*, Bonn 1978, S. 57–75, hier S. 61.

sollte. Dafür konnte er auf den gerade veröffentlichten Abschlussbericht zur EG-Politik der SPD zurückgreifen, der von der Europakommission erstellt worden war.<sup>16</sup>

1977 erfolgte auf der Ebene des Bundes das Gros der Programmarbeit. Es wurden vier Arbeitsgruppen zu den Bereichen „Demokratie und Institutionen“, „Außenpolitik“, „Sozialpolitik“ und „Wirtschaftspolitik“ gebildet, die der Themengliederung des SPD-Berichtes entsprachen. Der zweiten Arbeitsgruppe stand mit Bruno Friedrich ein SPD-Mitglied vor. Die deutsche Mitgliedspartei übernahm in nahezu allen Bereichen eine Führungsrolle, da sie neben den meisten Mitgliedern auch über Regierungskompetenzen im wirtschaftlich stärksten EG-Land, eine stabile Finanzierung und einen hohen Organisationsgrad verfügte.<sup>17</sup> In der konkreten Arbeit zeichnete sich die SPD durch hohe personelle und regelmäßige organisatorische Präsenz aus und konnte dadurch ihre Vorstellungen in erheblichem Maße implementieren. Dabei ging sie aber nicht kompromisslos vor.<sup>18</sup>

Obwohl alle Parteien des Bundes im Vergleich zu den bürgerlichen Parteien Programmparteien waren und daher konkreten inhaltlichen Formulierungen ähnlich große Bedeutung beimaßen, kamen realpolitische Differenzen zwischen den Mitgliedsparteien in den Verhandlungen zum Tragen. Vor allem die Debatten zwischen den deutschen Sozialdemokraten und den französischen Sozialisten führten häufig zu Auseinandersetzungen, da man zum einen unterschiedlichen Erwartungen von Partei und Wählerschaft gerecht werden musste und zum anderen Partner aus verschiedenen politischen Lagern hatte. Die SPD koalierte in Deutschland mit der FDP und war daher stets um die Vermeidung dezidiert linker Rhetorik bemüht. So verhinderte sie beispielsweise den Gebrauch des Begriffes „Klassenkampf“ zu Gunsten der Wendung „gesellschaftliche Auseinandersetzung“.<sup>19</sup>

Solche Formulierungsfragen dürften jedoch nur einen kleinen Teil der Meinungsverschiedenheiten gebildet haben. Es gab kaum ein Thema, bei dem die Ansichten innerhalb des Bundes nicht divergierten. Zwar herrschte Einstimmigkeit darüber, dass der Demokratisierungsprozess der Gemeinschaft vorangetrieben werden müsse, doch schon die Direktwahl des Parlaments wurde etwa von der britischen Labourpartei abgelehnt. Diese Position konnte sie allerdings nicht in der Arbeitsgruppe „Demokratie und Institutionen“ vortragen, da sie auf die Teilnahme verzichtete.<sup>20</sup> Die Einigkeit der in dieser Gruppe vertretenen Parteien ging aber kaum über die Bejahung der Direktwahl hinaus.<sup>21</sup> Schon die Frage nach den zukünftigen Kompetenzen des Europäischen Parlaments führte zu Spannungen. Die französische PS war auf nationaler Ebene in einer Linksunion mit der kommunistischen PCF

16 Vgl. Astrid Stroh: Die SPD im europäischen Einigungsprozess. Organisation und innerparteiliche Willensbildung in der Europapolitik von 1979 bis 1998, Hamburg 2004, S. 76.

17 Vgl. Eva-Rose Karnofsky: Die europäischen Parteienzusammenschlüsse vor der ersten Direktwahl des Europäischen Parlamentes. Die Entstehung ihrer programmatischen Aussagen, Tübingen 1981, S. 32.

18 Vgl. ebd., S. 142.

19 Vgl. ebd., S. 149.

20 Vgl. ebd., S. 82.

21 Neben der PvdA, die mit Schelto Patijn den Gruppenvorsitzenden stellte, partizipierten Vertreter der BSP/PSB, SPD, PS, PSDI, PSI, LSAP, Irish Labour und Socialdemokratiet, vgl. ebd., S. 81.

gebunden, die ihrerseits eine Beschneidung nationaler Souveränität strikt ablehnte;<sup>22</sup> dementsprechend verwehrten sich die Franzosen gegen eine Aufwertung des Parlaments. Der Kompromiss in der Wahlplattform nahm sich dann dergestalt aus, dass zwar eine Entwicklung des Europäischen Parlaments „zum Gesetzgeber“ gefordert wurde, allerdings mit der Einschränkung, dass dies ausschließlich „[i]m Rahmen der Kompetenzen der Europäischen Gemeinschaft“ geschehen dürfe.<sup>23</sup>

Die von Hans Beck (SPD) und Michel Rocard (PS) verfasste Einleitung in den wirtschaftspolitischen Teil wurde in leicht veränderter Form als Präambel der Wahlplattform eingesetzt und bildete damit den ideologischen Rahmen des Programms.<sup>24</sup> Doch über ein schlichtes Bekenntnis zur europäischen Integration hinaus konnte kein Konsens erzielt werden. Anstatt einen teleologischen Fortgang der Gemeinschaft zu entwerfen, wurde lediglich konstatiert, „die Europäische Gemeinschaft ist mit ihren Instrumenten den Herausforderungen unserer Zeit noch nicht richtig gewachsen“.<sup>25</sup> Im Juni 1977 lag die Plattform ausgearbeitet vor und wurde nach ihrer Annahme durch das Verbindungsbüro an die Mitgliedsparteien weitergeleitet, mit der Bitte um parteiinterne Diskussion und Erarbeitung von Änderungsvorschlägen, die dann auf einem Kongress zur Disposition gestellt werden sollten. Einzig die niederländische Partij van de Arbeid verfuhr so, in den übrigen Parteien entschieden die Führungskreise. Die SPD akzeptierte das Verhandlungsergebnis, allerdings ohne Konsultation der Parteigliederungen, wengleich deren Einbeziehung vom Europaparlamentarier Ludwig Fellermaier bereits 1975 auf der Außenpolitischen Bundeskonferenz gefordert worden war, auf dass es „zu einer Schärfung des europäischen Problembewusstseins auch in den unteren Parteigliederungen“ käme.<sup>26</sup> Die Plattform wurde lediglich auf dem Bundesparteitag vorgestellt, aber nicht diskutiert. Dabei konnte die SPD sehr wohl auf Kongruenzen von nationalem und europäischem Programm verweisen.

Die britische Labour-Partei sowie die dänische Socialdemokratiet, die von vornherein nicht oder nur sporadisch mitgearbeitet hatten, lehnten die Plattform als zu pro-europäisch ab;<sup>27</sup> die PS begründete ihr Veto gar nicht.<sup>28</sup> Schlussendlich scheiterte das Projekt, worüber in der SPD jedoch nur eine Minderheit enttäuscht war. Immerhin war sie so frei von europäischen Verpflichtungen in ihrem Wahlkampf. Diese Überlegung scheint von einer Mehr-

22 Vgl. ebd., S. 82.

23 Bund der Sozialdemokratischen Parteien in der europäischen Gemeinschaft, Wahlplattform, 6. Juni 1977, abgedruckt in: Martin Bangemann/Roland Bieber/Klepsch, Egon/Seefeld, Horst (Hg.): Programme für Europa. Die Parteiprogramme der europäischen Parteibünde zur Europa-Wahl 1979, Bonn 1978, S. 143–180, hier S. 148.

24 Vgl. Karnofsky: Parteienzusammenschlüsse, S. 143.

25 Wahlplattform des Bundes, Präambel, S. 144.

26 Ludwig Fellermaier, zit. nach Stroh: SPD, S. 79.

27 So geht etwa aus einem Briefwechsel zwischen dem dänischem Ministerpräsidenten Anker Jørgensen und Willy Brandt hervor, dass der Begriff der Integration für Dänemark absolut indiskutabel sei und lediglich ein Fortgang der internationalen Zusammenarbeit denkbar sei, nicht aber ein Zusammenwachsen der Länder, vgl. AdsD, Bruno Friedrich, 1/BFAA001795, Anker Jørgensen an Willy Brandt, 28.11.1977.

28 Vgl. Karnofsky: Parteienzusammenschlüsse, S. 151f.



heit der Parteiführungen geteilt worden zu sein.<sup>29</sup> Um jedoch dem europäischen Wahlvolk keinen Eindruck von Zerstrittenheit zu vermitteln, sollte eine gemeinsame Wahlaussage in Form einer Parteiführererklärung getroffen werden. Die deutschen Politiker gaben sich derweil im Vorfeld eher pessimistisch. Auf der SPD-Präsidiumssitzung am 12. Juni 1978 brachte Willy Brandt seine Skepsis zum Ausdruck, indem er laut über Alternativen wie etwa ein *Kommuniqué* oder eine Pressekonferenz nachdachte.<sup>30</sup>

Im Endeffekt handelte es sich bei der am 23. Juni 1978 veröffentlichten „Politischen Erklärung“ um eine reduzierte Variante der Wahlplattform, in der schon zu Beginn auf die Souveränität der Parteien hingewiesen wurde: „Unsere Parteien tragen ein unterschiedliches historisches Erbe (...). Die weitere Zusammenarbeit in Europa ist unter Achtung der eigenständigen Entwicklung (sic!) unserer Länder und Parteien möglich.“<sup>31</sup> An dieser Stelle ist anzumerken, dass der letztzitierte Satz im SPD-eigenen Entwurf nicht vorgesehen war und scheinbar auf Betreiben anderer Parteien Eingang in das Dokument gefunden hatte.<sup>32</sup> Insgesamt verzichtete man auf die Formulierung klarer Lösungsstrategien. Erwähnenswert ist die Aufnahme einer Passage zur Kernenergie, die dem Europa-Wahlprogramm der SPD entstammte.<sup>33</sup> Außerdem findet sich trotz aller deutschen Deeskalationsbemühungen hinsichtlich des Sprachduktus’ der marxistischen Rhetorik entlehnte Begriff „Entfremdung“ wieder. Möglicherweise war seine Verwendung jedoch ein Kompromiss, da er in Zusammenhang einer Kritik an „weitgehende[r] Mechanisierung und Massenproduktion“ auftrat, was wiederum mit dem Ruf nach Förderung von Klein- und Mittelbetrieben einherging – und bei der SPD hohe Priorität genoss.<sup>34</sup>

Im Januar 1979 wurde auf dem 10. Kongress des Bundes in Brüssel noch ein Wahlauftrag verabschiedet, der sich allerdings nicht wesentlich von der Parteiführererklärung abhob. Um innenpolitische Angriffe zu vermeiden, verhinderte die SPD auch hier erfolgreich die Aufnahme USA-kritischer Formulierungen.<sup>35</sup> Ähnliches wie schon für den Aspekt der Atomkraft dürfte für den Aspekt des Verbraucherschutzes gelten, der sich zwar nicht in der „Politischen Erklärung“ niederschlug, allerdings Teil des im Dezember 1978 verabschiedeten

29 Vgl. ebd., S. 174.

30 AdsD, Parteivorstand, Vorstandssekretariat, Präsidiumssitzung, 12.6.1978, Mappe 88, Sitzungsprotokoll.

31 AdsD, Bruno Friedrich, 1/BFAA001859, Politik, Nr. 5, Juli 1978, Politische Erklärung der Sozialdemokratischen Parteien der Europäischen Gemeinschaft, 23.6.1978.

32 Vgl. AdsD, Bruno Friedrich, 1/BFAA000933, Politische Erklärung zur Gipfelkonferenz, undatiert.

33 Vgl. Karnofsky: Parteienzusammenschlüsse, S. 156–158.

34 AdsD, Bruno Friedrich, 1/BFAA000252, „Programm für Klein- und Mittelbetriebe ist unbedingt wichtig“, Protokoll Europa-Kommission, 12.6.1978.

35 Vgl. Karnofsky: Parteienzusammenschlüsse, S. 161. Ein Briefwechsel zwischen Wilhelm Haferkamp und Bruno Friedrich lässt die Anspannung und Aufregung erahnen, die während der Erarbeitung des Wahlauftrages auf Seiten der SPD geherrscht haben muss: „Der Appel (sic) an die Wähler erscheint mir auch in seiner jetzigen Fassung unannehmbar. Ich bin überzeugt, dass dieser Appel von der Presse genau gelesen wird. Alles, was an linken oder linkssozialistischen Aussagen in diesem Papier enthalten ist, wird uns um die Ohren geschlagen werden. (...) Ich möchte dich persönlich jedoch dringend warnen, Deinen Namen mit dem Appel in der jetzigen Fassung in Verbindung zu bringen.“, AdsD, Bruno Friedrich, 1/BFAA001832, Wilhelm Haferkamp an Bruno Friedrich, 22.12.1978.

SPD-Programms wurde und sich dann in einem eigenen Kapitel 5 im Wahlaufwurf des Bundes wiederfand. Sowohl die „Politische Erklärung“ als auch der Wahlaufwurf schließen mit der Feststellung, dass sich das EP „zunächst im Rahmen der bestehenden Verträge entwickeln“ müsse und dass „jede weitere Übertragung von Befugnissen (...) nur aufgrund eindeutiger Zustimmung der nationalen Regierungen und Parlamente stattfinden kann“.<sup>36</sup> Auf der nächsten SPD-Präsidiumssitzung nach dem 10. Kongress wurde festgehalten, „dass es trotz erheblicher inhaltlicher und organisatorischer Schwierigkeiten möglich gewesen sei, einen Konsens in wichtigen Fragen zu finden.“<sup>37</sup>

Ungeachtet dieses „Konsens in wichtigen Fragen“ wurde ein eigenes SPD-Wahlprogramm für die Direktwahl von der Europakommission erarbeitet. In der konstituierenden Sitzung am 12. Juni 1978 skizzierte Bruno Friedrich, Vorsitzender dieses Gremiums, einige Charakteristika des Programms: auf der Grundlage der Mannheimer Erklärung, der Plattform des Bundes und der Hamburger Parteitagserklärung sollte ein umfangreiches Programm entstehen, das gleichsam als Argumentationshilfe dienen könne und sich auch über den vergleichsweise eng gesteckten Rahmen dessen hinaus bewegen dürfe, was politisch im Bund umsetzbar wäre.<sup>38</sup> So wurde der europäischen Integration und insbesondere der Entwicklung des Europäischen Parlaments im Gegensatz zur „Politischen Erklärung“ und zum Wahlaufwurf des Bundes ein eigenes Unterkapitel zugestanden, in dem die Aufwertung des Parlaments gefordert wird.<sup>39</sup>

In der Grenzregion Saar-Lor-Lux erarbeiteten Mitglieder der dortigen sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien SPD, PS Lothringen und LSAP einen Zusatz zum Hauptprogramm ihrer Parteien, der die Mobilisierung der Bürger steigern und in einer Auflage von 50.000 Stück ausgegeben werden sollte. Dieses Zusatzprogramm fand in den untersuchten Archivmaterialien jedoch nur ein einziges Mal Erwähnung.<sup>40</sup> Zu dessen konkreter Umsetzung können daher keine Aussagen gemacht werden.

Im Frühjahr 1978 begannen die Arbeiten für die Kampagne auf europäischer Ebene. Am 12. April 1978 beschloss das Sekretariat des Bundes einen Wahlkampfausschuss zu installieren, der für die politische und technische Vorbereitung der Direktwahl verantwortlich zeichnen sollte. In diesem Gremium war jede Partei durch einen Delegierten vertreten. Am 26. April tagte es erstmals und bestimmte den SPD-Politiker Bruno Friedrichs zum Vorsit-

36 Vgl. AdsD, Bruno Friedrich, 1/BFAA001859, Politik, Nr. 5, Juli 1978, Politische Erklärung der Sozialdemokratischen Parteien der Europäischen Gemeinschaft, 23.6.1978, und AdsD, Bruno Friedrich, 1/BFAA001859, Politik, Nr. 2, Januar 1979, Wahlaufwurf des Bundes der Sozialdemokratischen Parteien in der EG.

37 AdsD, Parteivorstand, Vorstandsssekretariat, Präsidiumssitzung, 15.1.1979, Mappe 102, Sitzungsprotokoll.

38 AdsD, Bruno Friedrich, 1/BFAA000252, Sitzung der Europa-Kommission, 12.6.1978, Sitzungsprotokoll.

39 „Soziale Demokratie für Europa. Programm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands für die erste europäische Direktwahl 1979. SPD.“ Siehe <[library.fes.de/pdf-files/netzquelle/01794.pdf](http://library.fes.de/pdf-files/netzquelle/01794.pdf)> (18.4.2010), S. 87f.

40 Vgl. AdsD, Bruno Friedrich, 1/BFAA001793, Hans Jürgen Petersdorf an Manfred Michel, 19.4.1979.



zenden.<sup>41</sup> Ludwig Fellermaier nahm als Repräsentant der Sozialistischen Fraktion im EP ebenfalls teil.

Im Juni 1978 wurde die Idee der Fachkonferenz, Podiumsdiskussionen zu sozialdemokratisch relevanten Themen von Politikern und Künstlern aus verschiedenen EG-Ländern bestreiten zu lassen, auf die Agenda gesetzt. Während der nächsten Zusammenkunft kamen die Teilnehmer überein, dass bei einer solchen Veranstaltung nationale wie internationale Referenten verpflichtet werden und dass die Wahl des Ortes, die Organisation und das Gros der Finanzierung der gastgebenden Partei obliegen sollten.<sup>42</sup> In der Sitzung der Technischen Wahlkampfkommission im August 1978 wurde beschieden, dass die Fachkonferenzen möglichst identisch strukturiert sein sollten. Zu diesem Zweck sollte der Bund – wie auf der Büro-Sitzung im folgenden Monat festgelegt – „eine koordinierende Funktion“ wahrnehmen.<sup>43</sup> Die SPD erklärte sich bereit, eine solche Fachkonferenz abzuhalten, wohl schon allein deswegen, weil diese Veranstaltungsform im Rahmen einer Analyse des Bundestagswahlkampfes 1976 als „praktische Zielgruppenarbeit (...) und zugleich [als] gutes Forum für nahestehende Multiplikatoren“ identifiziert wurde.<sup>44</sup> Als Tagungsort wurde Ludwigshafen ausgewählt, um „den Aktivitäten der CDU, insbesondere des Ludwigshafeners Kohl, Paroli bieten zu können, der u. a. sein politisches Lebensziel neben dem Bundeskanzlertraum darin sah, die seit 1898 rote Hochburg Ludwigshafen zu erobern.“<sup>45</sup> Tatsächlich waren auf dieser Konferenz insgesamt sechs EG-Mitgliedstaaten vertreten: zehn deutsche Kandidaten nahmen teil; fünf EG-Politiker diskutierten aktiv mit, zwei weitere waren anwesend.

Lediglich von vier SPD-Kandidaten ist dokumentiert, dass sie auf Fachkonferenzen, Wahlkampfveranstaltungen oder Parteitagungen von Bund-Mitgliedsparteien teilnahmen, wobei auf die ersten drei Kandidaten in Summe fünf Auftritte entfallen und auf den vierten Kandidaten sechs sowie sieben Teilnahmen im Ausland an Podiumsdiskussionen zu Europathemen. Der Besuch deutscher Veranstaltungen durch Politiker der anderen EG-Länder ist nur für die Bundesdelegiertenkonferenz im Dezember 1978 und die Fachkonferenz im März 1979 belegt, also für medial umfassend begleitete Ereignisse.

Im Mai 1978 formulierte der Wahlkampf Ausschuss des Bundes erste Ideen hinsichtlich eines corporate designs. Der rote Pfeil, auch in Variation mit weißen Innenpfeilen, ein Entwurf des Deutschen Otl Aicher, und der Schriftzug „Europa 79“ sowie die Argumentation, dass der Pfeil „Sinnbild für Fortschritt, Zukunft und Dynamik“ sei und traditionell von der Sozialistischen Bewegung verwendet werde, konnten sich durchsetzen.<sup>46</sup> Von nun an sollten diese Embleme zusätzlich zu den nationalen Parteisymbolen und Parteinamen verwendet

41 AdsD, Bruno Friedrich, 1/BFAA001790, Mitteilung des Sekretariats des Bundes an die Mitgliedsparteien, undatiert.

42 Vgl. AdsD, Bruno Friedrich, 1/BFAA001790, Sitzungsprotokoll des Wahlausschusses, 4.7.1978.

43 AdsD, Bruno Friedrich, 1/BFAA001796, Sitzungsprotokoll des Büros des Bundes, 15.9.1978.

44 AdsD, Parteivorstand, Vorstandssekretariat, Präsidiumssitzung 18.1.1977, Mappe 56, Bundestagswahlkampf 1976: Analyse und Folgerungen für die Arbeit der SPD.

45 AdsD, Bruno Friedrich, 1/BFAA001801, Rainer Rund an Bruno Friedrich, 17.7.1978.

46 AdsD, Parteivorstand, Vorstandssekretariat, Parteivorstandssitzung, 26.6.1978, Mappe 307, Sitzungsprotokoll.

werden.<sup>47</sup> Bei der Zusammenkunft am 5. Juni 1978 wurde eine entsprechende Empfehlung für die Sitzung des Büros des Bundes erarbeitet. Neben den genannten Emblemen sollte es auch farbliche Abwandlungen geben – weißer Pfeil auf rotem Grund sowie roter Pfeil auf schwarzem Grund mit den Nationalfarben.<sup>48</sup> Das Motiv fand auf Wahlplakaten und Handzetteln, Broschüren, Briefköpfen sowie auf Kleinwerbemitteln wie Fähnchen, Anstecknadeln und Aufklebern Verwendung und wurde von allen Mitgliedsparteien – wenn auch in unterschiedlichem Umfang – genutzt.<sup>49</sup> In der SPD-Parteiratssitzung am 27. Juni 1978 verwies Bruno Friedrichs auf den Pfeil im Bund-Emblem als Sinnbild für den gemeinsamen Aufbruch der Parteien.<sup>50</sup> Die SPD benutzte das Emblem für alle oben genannten Materialien. Darüber hinaus entschied die Arbeitsgruppe Europäische Direktwahl, auch entsprechende T-Shirts und Tragetaschen zu produzieren.<sup>51</sup> Bereits im Juli 1978 wurde der Pfeil auf das Cover des vom SPD-Vorstand herausgegebenen Informationsdienstes „Politik“ gedruckt. Es findet sich ferner auf allen Plakaten und Handzetteln, die anlässlich der Europawahl gedruckt wurden. Das EG-weit verwendete Symbol war demnach omnipräsent im deutschen Europa-Wahlkampf.

Im Januar 1979 setzte Ludwig Fellermaier alle Europakandidaten der SPD darüber in Kenntnis, dass die EP-Fraktion verschiedene Broschüren herausgebe und diese für den Wahlkampf angefordert werden könnten.<sup>52</sup> Vier Monate später waren Informationsmaterialien in einer Auflage von etwa 60.000 Stück zu den Themen Agrarpolitik, Frauenpolitik, Arbeitslosigkeit, Stahlindustrie, Bund der sozialdemokratischen Parteien sowie dessen X. Kongress in Brüssel im Januar 1979, auf dem der Wahlauf Ruf beschlossen wurde, nach Deutschland übersandt worden.<sup>53</sup> Dabei war dies nicht das einzige Angebot seitens der EP-Fraktion an die Mitgliedstaaten. Bereits im September 1978 hatte sich Willy Brandt bei Fellermaier für die Übersendung des Seminarangebots der Fraktion bedankt, mochte aber noch nichts festlegen. Im November 1978 verfasst Uwe Janssen einen Vermerk über Seminare der EP-Fraktion, in denen über die Wahlkampfgestaltung und die Parlamentsarbeit informiert werden sollte. Allerdings finden sich darüber hinaus keinerlei Hinweise, etwa zur Teilnahmefrequenz.<sup>54</sup> Die Friedrich-Ebert-Stiftung hatte ebenfalls ein Schulungsprogramm

47 Vgl. AdsD, Bruno Friedrich, 1/BFAA001790, Sitzungsprotokoll der technischen Wahlkampfkommission, 26.5.1978.

48 Vgl. AdsD, Bruno Friedrich, 1/BFAA001790, Sitzungsprotokoll des Wahlausschusses, 5.6.1978.

49 Vgl. AdsD, Bruno Friedrich, 1/BFAA001792, Karsten Veth an die Mitglieder des Wahlausschusses und des Büro des Bundes, 15.6.1979.

50 Vgl. AdsD, Parteivorstand, Vorstandssekretariat, Parteiratssitzung, 27.6.1978, Mappe 308, Sitzungsprotokoll.

51 Vgl. AdsD, Bruno Friedrich, 1/BFAA000252, Protokoll Arbeitsgruppe Europäische Direktwahl, 8.6.1978.

52 Vgl. AdsD, Bruno Friedrich, 1/BFAA001793, Ludwig Fellermaier an alle Kandidaten und Ersatzbewerber, 30.1.1979.

53 Vgl. AdsD, Bruno Friedrich, 1/BFAA001793, Horst Burghardt an Joachim Hofmann-Göttig, 28.5.1979.

54 Vgl. AdsD, Bruno Friedrich, 1/BFAA001832, Willy Brandt an Ludwig Fellermaier, 27.9.1978, sowie AdsD, Bruno Friedrich, 1/BFAA001832, Uwe Janssen, Vermerk, 13.11.1978.

angeboten, in dessen Rahmen bis Mitte Januar 1979 insgesamt 375 Seminare abgehalten wurden.<sup>55</sup>

Die inhaltliche Gestaltung der im Wahlkampf verwendeten Slogans trug nationale Züge. Das Präsidium war dennoch sehr bemüht, dass sie keine Irritation im Ausland bewirken würden.<sup>56</sup> Der meistgenutzte Slogan auf den Wahlplakaten war „Geachtet in Europa – Sprecher für Deutschland“, der vor allem die – ob des entgegengebrachten Respekts erfolgreiche – Vertretung deutscher Interessen impliziert, aber nichts über die europäische Integration selbst, geschweige denn über die transnationale Zusammenarbeit im Rahmen des Bundes aussagt. Der Slogan „Arbeitnehmer fordern das soziale Europa“ nimmt sich zwar „europäisch“ aus. Arbeitsmarktpolitik und soziale Sicherheit standen schließlich auch beim Bund oben auf der Agenda. Ob diese Tatsache allerdings den Ausschlag für das Flugblatt gegeben hat oder ob die SPD ohne weitere Beachtung von „Politischer Erklärung“ und Wahlauftritt schlichtweg ihre Kernwählerschaft erreichen wollte, erscheint gleichermaßen plausibel.

Ein Musterbeispiel transnationaler Kooperation stellt dagegen der gemeinsame Wahlauftritt von SPD und der italienischen PSI dar. Das Flugblatt wurde in einer Auflage von 25.000 Stück hergestellt, wovon 10.000 der PSI-Deutschland-Gruppe zukamen und die übrigen 15.000 den Bezirken zur Verfügung gestellt wurden.<sup>57</sup> Der Aufruf enthält dieselben Schlagworte – soziale Gerechtigkeit, Vollbeschäftigung, Förderung von Jugendlichen, Frauen und ausländischen Arbeitnehmern – wie schon das SPD-Programm. Einzig der Kooperationsgedanke wird hier stärker betont, also die Zusammenarbeit von „SPD und ihre[r] italienische[n] Bruderpartei im Bund der Sozialdemokratischen Parteien in der EG, PSI“ und dem Europäischen Gewerkschaftsbund EGB.

Die Kampagne fokussierte sich auf den Spitzenkandidaten Willy Brandt, doch war Helmut Schmidt nicht weniger präsent. Bis Mitte Mai 1979 wurde der Slogan „Geachtet in Europa/Sprecher für Deutschland/die Sozialdemokraten Willy Brandt und Helmut Schmidt. SPD“ genutzt. Bis zum Wahltag sollte das Motto „Unser Wort gilt in Europa – Mit Willy Brandt und Helmut Schmidt/Sozialdemokraten – die besseren Partner. SPD“ lauten. Darauf basierend gab es auch das Plakat „Ihr Wort gilt in Europa. Sozialdemokraten – die besseren Partner. SPD“.<sup>58</sup> Fünf Wochen später entschied man sich schlussendlich für den Slogan „Frieden, Gerechtigkeit, Arbeitsplätze – Unser Wort gilt in Europa – Mit Willy Brandt und Helmut Schmidt, deutsche Sozialdemokraten für Europa. SPD“<sup>59</sup>. Die Zuspitzung auf Brandt und Schmidt dürfte sich daraus ableiten, dass dieses Prinzip im Bundestagswahlkampf 1976 erfolgreich war und sich die Parteiführung erneut Gewinne von dieser Persona-

55 AdsD, SPD-Parteivorstand, 2/PVDC000037, Protokoll der Sitzung der Bund/Länder-Mannschaft, der leitenden Landes- und Bezirksgeschäftsführer mit der Wahlkampfleitung Europawahlen, 31.1.1979.

56 Vgl. Parteivorstand, Vorstandssekretariat, Präsidiumssitzung, 5.2.1979, Mappe 103, Sitzungsprotokoll.

57 Vgl. AdsD, SPD-Parteivorstand, 2/PVDC000037, Ergebnisvermerk über die Sitzung der Technischen Wahlkampfleitung, 9.5.1979.

58 Vgl. AdsD, Parteivorstand, Vorstandssekretariat, Präsidiumssitzung, 12.2.1979, Mappe 104, Sitzungsprotokoll. Siehe Anhang 1.

59 Vgl. SPD-Parteivorstand, 2/PVDC000037, Protokoll der Parteivorstandssitzung, 19.3.1979.

lisierungsstrategie versprach.<sup>60</sup> Dass die zukünftigen Parlamentarier – zu denen Schmidt gar nicht zählte – mit anderen Sozialdemokraten politisch kooperieren (würden), blieb gänzlich unerwähnt.

Im Hinblick auf Broschüren und Prospekte wurden im Wahlkampf sowohl Materialien des Bundes und der Sozialistischen Fraktion verwendet als auch von der SPD herausgegebene Publikationen. Zwar enthielten auch Letztere Informationen, etwa über die Geschichte der Gemeinschaft oder den Bund und seine Aktivitäten, doch die transnationale Zusammenarbeit wurde kaum thematisiert. Die aus vier DIN A4-Blättern bestehende Flugschrift im corporate design des Bundes mit dem Slogan „Deutsche, sagt JA zu Europa“ zeigt dies beispielhaft: Auf der ersten Doppelseite erfuhr der Leser, dass sich die SPD „solidarisch mit allen Sozialdemokraten Europas“ zeigen wolle, denn: „Gemeinsam können wir die Grundforderungen des Godesberger Programms besser durchsetzen.“<sup>61</sup> Der Bund wurde auf der nächsten Doppelseite erwähnt: „Heute sind alle elf sozialdemokratischen Parteien – in Europa nennen sich einige Sozialisten – der Europäischen Gemeinschaft in einem Bund zusammengeschlossen.“<sup>62</sup> Ebenfalls auf dieser Doppelseite wurden die (vermeintlichen) Spitzenkandidaten vorgestellt: „Helmut Schmidt und Willy Brandt und Heinz Oskar Vetter: Diese Männer stehen bereit, um unsere deutschen Interessen in Europa mit ihrer ganzen Erfahrung und Kraft zu wahren.“<sup>63</sup> Offensichtlich sollte der Eindruck entstehen, die SPD würde in Zukunft auch auf europäischer Ebene ausnahmslos deutsche Interessen realisieren. Unterstützung fände sie dabei durch gleichgesinnte Parteien, wenn diese auch nicht zwingend „Sozialdemokraten“ hießen, sondern „Sozialisten“ – so viel zur Vielfalt in Europa. Helmut Schmidt steht in einer Reihe mit den Kandidaten und ist als Regierungschef ironischerweise der einzige, der qua Amt „als Sprecher für Deutschland“ nationale Interessen in Europa vertritt. Dass Brandt, Vetter und die übrigen Bewerber im Europaparlament einer Fraktion mit Repräsentanten anderer EG-Länder und damit sehr wahrscheinlich auch anderen Interessen angehören würden, deren primäres Anliegen kaum die in der Flugschrift beschriebene Durchsetzung des Godesberger Programms wäre, wurde im gesamten Wahlkampf nicht verdeutlicht. Auch im Hinblick auf den politischen Gegner wurde der Aspekt der transnationalen Zusammenarbeit zwischen den Parteien nicht beleuchtet. Zwar räumt die SPD der Kritik an der CDU/CSU – und in einem vergleichsweise geringem Umfang auch an der FDP – viel Raum ein, sei es auf Flugblättern, in Beiträgen in Printmedien oder gar im Wahlprogramm, doch stehen auch hier nur die deutschen Parteien im Fokus und nicht etwa ihre Parteiföderationen auf EG-Ebene.

Das Kandidatentreffen in Luxemburg sowie die Abschlusskundgebung in Paris – Veranstaltungen, die in erster Linie dazu hätten dienen können, den Willen zur grenzübergreifenden Zusammenarbeit darzustellen, im Endeffekt also auch zur Legitimierung des Projektes

60 Vgl. AdsD, Parteivorstand, Vorstandsssekretariat, Präsidiumssitzung 18.1.1977, Mappe 56, Bundestagswahlkampf 1976: Analyse und Folgerungen für die Arbeit der SPD.

61 AdsD, Flugblätter, Flugschriften u. ä. 1979, Flugschrift „Deutsche, sagt Ja zu Europa“.

62 Ebd.

63 Ebd.

der Europäischen Direktwahlen und der Integration insgesamt beizutragen – wurden von der SPD geradezu stiefmütterlich behandelt: nur fünf Kandidaten fuhren nach Luxemburg, nur vier nach Paris. Allerdings war die verhaltene Euphorie der SPD keineswegs ein Einzelfall. Vor allem die kleinen Mitgliedsparteien im Bund brachten während der Planungsphase Bedenken vor, dass Aufwand – vor allem der finanzielle – und Erfolg nicht in angemessener Relation stünden.<sup>64</sup> Im Februar 1979 forderte sogar die irische Labour Party, die Großkundgebung in Paris abzusagen. Zentrales Argument war die Finanzierung, zumal befürchtet wurde, dass die Pressereaktionen gedämpft bleiben, und wenn überhaupt nur der gastgebenden PS, gegebenenfalls noch der SPD, sicherlich aber nicht den kleinen Parteien zu Gute kommen würden.<sup>65</sup> Der Bund zeigte sich insofern solidarisch, als eine Woche später in der Büro-Sitzung eine Reisekostenerstattung für die Irish Labour beschlossen wurde.<sup>66</sup> Nichtsdestotrotz schien die Besorgnis der Iren hinsichtlich der öffentlichen Wahrnehmung eine realistische Grundlage zu haben, wie aus der Korrespondenz Bruno Friedrichs nach einer Sitzung auf Bund-Ebene zu entnehmen ist: „Wie befürchtet, stellt die französische Partei in allen Mitteilungen an die Öffentlichkeit die Kundgebung nicht etwa als Veranstaltung des Bundes, sondern als eine Veranstaltung der PSF dar.“<sup>67</sup> Ein stark auf nationale Repräsentation ausgerichteter Wahlkampf war also kein individuelles Merkmal der SPD.

### Die FDP und die Föderation der Liberalen und Demokratischen Parteien in der Europäischen Gemeinschaft

1947 formierte sich die „Liberaler Weltunion“ (LWU), ein Diskussionsforum für politische Parteien, andere liberale Organisationen und Individuen. Eingaben für eine stärkere Ausrichtung der liberalen Internationalen auf Europa fanden bis in die 1960er Jahre wenig Beachtung. Erst ab 1970 wurde diese Idee forciert, insbesondere durch den damaligen Außenminister Walter Scheel,<sup>68</sup> indem auf den informellen Parteiführertreffen europapolitische Themen diskutierte und liberale Kommissionsmitglieder und der Vorsitzende der liberalen EP-Fraktion eingeladen wurden. Auf dem Jahreskongress der LWU 1972 reichte die deutsche Delegation einen Entschließungsantrag zur Gründung einer liberalen Föderation auf EG-Ebene ein. Die Ergebnisse der 1974 zu diesem Zweck einberufenen Arbeitsgruppe, in deren Kreis sich insbesondere über Kompetenzen der zukünftigen Föderation gegenüber ihren Mitgliedsparteien langwierige Diskussionen entsponnen hatten, führten am 27. März 1976 auf dem Stuttgarter Kongress dennoch zur Gründung der „Föderation der liberalen

64 Vgl. AdsD, Bruno Friedrich, 1/BFAA001791, Sitzungsprotokoll des Wahlausschusses, 13.12.1978.

65 AdsD, Bruno Friedrich, 1/BFAA001793, Brendan Halligan an Bruno Friedrich, 7.2.1979.

66 AdsD, Bruno Friedrich, 1/BFAA001793, Sitzungsprotokoll des Büros des Bundes, 14.2.1979.

67 AdsD, Bruno Friedrich, 1/BFAA001799, Vermerk für Bruno Friedrich, 17.5.1979. Dieser Bericht wurde nach einer Zusammenkunft von Mitarbeitern des Bundes sowie dem Presse- und Informationszentrums des Bundes erstellt. Es ist daher wahrscheinlich, dass er von Ludwig Fellermaier verfasst wurde.

68 Die FDP wurde erst 1975 Mitglied der LWU. Deutschland war vorher nur über liberale Organisationen verbunden. Dennoch engagierten sich liberale Führungspersonlichkeiten verstärkt seit den 1960er Jahren.

und demokratischen Parteien der Europäischen Gemeinschaft“ (FLIDPEG), die sich aber auf dem Brüsseler Kongress 1977 in „Europäische Liberale Demokraten“ (ELD) umbenannten. Dass dieser erste Kongress nicht etwa in Italien, trotz der tragenden Rolle der PLI, stattfand, sondern in Deutschland, wies auf die Bedeutung der FDP als renommierte liberale Partei in Regierungsfunktion und auf ihr zukünftiges Gewicht in der Föderation hin.<sup>69</sup> Dass Stuttgart als Tagungsort gewählt wurde, kann darauf zurückgeführt werden, dass Martin Bangemann, der zu jenem Zeitpunkt dem Landesverband Baden-Württemberg vorstand, sich für den Zusammenschluss auf europäischer Ebene besonders stark engagierte.<sup>70</sup> Auf jenem Kongress 1976 wurde eine Programmkommission zur Formulierung eines Wahlprogramms einberufen, die im Dezember 1977 nach 13 Monaten ihre Arbeit abschloss. Diese Kommission, der wiederum Martin Bangemann angehörte, zeichnete sich dadurch aus, dass sich die Delegierten bereits von anderen Zusammenkünften liberaler Politiker, etwa im Rahmen der LWU, kannten, dass eine relativ geringe Fluktuation der Kommissionsmitglieder herrschte und dass Föderation, nationale Parteivorstände und Mitglieder des Europäischen Parlaments gleichermaßen beteiligt waren.<sup>71</sup> Doch muss auch hier angemerkt werden, dass wieder die deutsche Mitgliedspartei, die bereits den ersten Entwurf einer Grundsatzerklärung eingebracht hatte, welche schlussendlich den Rahmen für die zukünftige Politik der Liberalen auf EG-Ebene vorgab, großen Einfluss auf die Verhandlungen nehmen konnte. Keine andere Partei verfügte über den Organisationsgrad und die sichere Finanzierung der FDP; zudem war sie Partner einer Regierungskoalition. Da die Freien Demokraten im politischen Spektrum der Föderation in der Mitte angesiedelt waren, konnten sie darüber hinaus als Vermittler auftreten.<sup>72</sup> Die ELD war fest entschlossen, gemeinschaftsweit mit einem Programm vor die Wähler zu treten. Daher waren lediglich die Thesen des Wahlprogramms für alle Mitgliedsparteien verbindlich; die Erläuterungen ließen es zu, „in einem bestimmten nationalen Kontext unterschiedlich interpretiert“ zu werden.<sup>73</sup>

Unter den Mitgliedern der Programmkommission herrschte Einigkeit darüber, dass „die Schaffung einer politischen Union als das eigentliche Ziel angesehen“ werden müsse.<sup>74</sup> Außerdem wurde hervorgehoben, dass die Liberalen eine direkte Wahl des Europäischen Parlaments, wie sie nun bevorstand, stets befürwortet hatten.<sup>75</sup> Die FDP hatte bereits in

69 Vgl. Michael Steed: *The Liberal Parties in Italy, France, Germany and the UK*, in: Roger Morgan/Stefano Silvestri (Hg.): *Moderates and Conservatives in Western Europe. Political Parties, the European Community and the Atlantic Alliance*, London 1982, S. 162–192, hier S. 177.

70 Vgl. Claudia Strohbecke: *Die Arbeit der F.D.P.-Abgeordneten im Europäischen Parlament seit der ersten Direktwahl 1979*, Bochum 1993, S. 39.

71 Vgl. Karnofsky: *Parteienzusammenschlüsse*, S. 246 f.

72 Vgl. ebd., S. 251 f.

73 Martin Bangemann, zit. nach ebd., S. 179.

74 *Europäische Liberale Demokraten (Föderation der Liberalen und Demokratischen Parteien der Europäischen Gemeinschaft)*, Wahlprogramm, 20. November 1977, abgedruckt in: Martin Bangemann/Roland Bieber/Egon Klepsch/Horst Seefeld (Hg.): *Programme für Europa. Die Parteiprogramme der europäischen Parteibünde zur Europa-Wahl 1979*, Bonn 1978, S. 219–321, hier Präambel, S. 224.

75 Vgl. ebd., S. 225.



ihrem Bundestags-Wahlprogramm von 1969 die Einführung von Direktwahlen gefordert.<sup>76</sup> Dieser Appell war auf dem Bundesparteitag 1975 in Mainz wiederholt worden und wurde nun entsprechend begrüßt: „Der Nationalstaat erweist sich zunehmend als unfähig, das heutige politische und wirtschaftliche Geschehen wirksam zu steuern. (...) In der Europäischen Union werden dagegen die Steuerungsmöglichkeiten und die Verantwortlichkeiten der Regierungen einander besser entsprechen, so dass der Bürger in europäischen Wahlen seine politischen Entscheidungen auf realer Grundlage treffen kann“.<sup>77</sup>

Kompetenzerweiterungen der Institutionen im Rahmen der bestehenden Verträge wurden zwar von der französischen PR abgelehnt; allerdings konnte sie die Tilgung dieser Passage nicht durchsetzen.<sup>78</sup> Bezüglich des Parlaments wird in der dritten These des Abschnitts A.II die Korrektur des Machtungleichgewichts zwischen Rat, Kommission und Parlament durch Aufwertung der beiden letzteren Organe gefordert. In der Erläuterung e) wird explizit die Stärkung des Parlaments gefordert. Es soll zukünftig die Kommissionsmitglieder ernennen, über den gesamten Gemeinschaftsetat bestimmen und Verträge zwischen der Gemeinschaft und Drittländern ratifizieren dürfen. Ferner sollen ihm Mitentscheidungsbefugnisse und das Initiativrecht übertragen werden.<sup>79</sup> Von weitergehenden Ambitionen sah man ab, um keinen Eklat mit der französischen Schwesterpartei zu provozieren.<sup>80</sup> Der FDP dürfte der Inhalt der Erläuterung derweil entgegen gekommen sein, da sie auch in ihrem Wahlprogramm für die Bundestagswahl 1976 neben der Direktwahl „ein Europäisches Parlament mit (...) echten Zuständigkeiten“ festgeschrieben hatte.<sup>81</sup> Das Programm wurde 1977 erst in den Mitgliedsparteien diskutiert, deren Änderungsvorschläge auf dem Kongress in Brüssel im November jenes Jahres zur Abstimmung gestellt wurden. Die deutschen Eingaben für diesen Kongress waren auf dem Bundeshauptausschuss der FDP in Hamburg am 17. September 1977 erarbeitet worden. Abgesehen vom Abschnitt zur Agrarpolitik wurden zu allen Teilen des vorläufigen Programms Änderungsanträge verabschiedet. An der Erarbeitung und Verabschiedung des Programms sowie des Wahlaufrufs, den so genannten „Strongpoints“, hatten sich alle ELD-Mitgliedsparteien beteiligt. Es kann davon ausgegangen werden, dass die Interessen aller durch ihre liberalen Parteien vertretenen Länder Berücksichtigung fanden, wenngleich sich an dieser Stelle erneut die Frage stellt, in welchem Umfang das jeweils zutrifft. Die deutschen Liberalen hatten die Programmarbeit auf europäischer Ebene in jedem Fall intensiv begleitet, so dass es auf nationaler Ebene kaum Aktivitäten in puncto Wahlprogramm für die europäische Direktwahl gab.

76 Vgl. FDP-Bundestagswahlprogramm 1969, S. 18. Vgl. Markus Jachtenfuchs: Ideen und Integration. Verfassungsideen in Deutschland, Frankreich und Großbritannien und die Entwicklung der EU, <[www.hertie-school.org/binaries/addon/321\\_habil.pdf](http://www.hertie-school.org/binaries/addon/321_habil.pdf)> (11.2.2012), S. 275.

77 Leitlinien liberaler Europapolitik, zit. nach ebd.

78 Vgl. Karnofsky: Parteienzusammenschlüsse, S. 183.

79 Vgl. ELD-Wahlprogramm: Präambel, S. 241.

80 Vgl. Karnofsky: Parteienzusammenschlüsse, S. 186.

81 Wahlprogramm zur Bundestagswahl 1976 der Freien Demokratischen Partei. „Freiheit Fortschritt Leistung“. Beschlossen auf dem Wahlkongress in Freiburg am 31. Mai 1976, <[www.freiheit.org/files/288/1976\\_Bundestagswahlprogramm.pdf](http://www.freiheit.org/files/288/1976_Bundestagswahlprogramm.pdf)> (7.2.2009), S. 29.

Im Hinblick auf Konzeption und Durchführung der Kampagne stellte der FDP-Bundesvorstand unmissverständlich fest: „Federführend für den Europa-Wahlkampf ist die Bundespartei.“<sup>82</sup> Am 9. September 1977 trat der Europa-Wahlkampfausschuss (EWKA), dessen Gründung der Bundesvorstand auf seiner Sitzung vom 1. April 1977 beschlossen hatte,<sup>83</sup> erstmals zusammen, um in sieben Sitzungen, die bis zum 26. März 1979 stattfanden, alle Vorbereitungen im Vorfeld der Europa-Wahl zu treffen. Unter den „Nebenzielen“ der Kampagne – als „Hauptziele“ wurden wenig überraschend „Maximaler Stimmengewinn am Wahltag; optimale Ausschöpfung des liberalen Potentials“<sup>84</sup> benannt – firmierten „optimales Ergebnis für die Liberalen auf EG-Ebene; Bekanntmachung der ELD als Föderation der Liberalen in Europa; Darstellung der F. D. P. als internationale Partei; Bekanntmachung der auf Europa-Ebene aktiven Politiker“ noch vor „Verbindung mit anderen Wahlkämpfen, Verlauf für Bundestagswahl, Aufbau von Kandidaten“<sup>85</sup>.

Die Organisation des Wahlkampfes oblag zwar dem FDP-Gremium EWKA, nichtsdestotrotz gab es mehrere Elemente, die EG-weit genutzt wurden. Dazu gehörte das corporate design bestehend aus den ELD-Farben gelb und blau sowie dem Kürzel der Föderation. In der vierten Sitzung des EWKA am 4. September 1978 entspann sich um deren Verwendung in den nationalen Wahlkampfmaterialien eine mit Verve geführte Debatte. Die Agentur Conrad Lürzer, die mit der Erarbeitung eines Wahlkampfkonzeptes beauftragt worden war, sprach sich dagegen aus, nicht nur aus werbetechnischen, sondern auch aus finanziellen Gründen. Vor allem Teilnehmer, die innenpolitisch aktiv waren, schlossen sich dieser Position an. Außenpolitisch Engagierte vertraten eine gegenteilige Meinung. Eine Einigung wurde vom EWKA nicht erzielt. Jedoch trafen sich am 13. September 1978 die Vorsitzenden der ELD-Mitgliedsparteien in Luxemburg. Unter anderem verständigten sich die Teilnehmer darauf, die Farben der Föderation, blau und gelb, sowie das Namenskürzel ELD zumindest ergänzend in den nationalen Wahlkampfmaterialien zu verwenden.<sup>86</sup> Die Konfliktlinie im EWKA zeigt, dass sich der Wille zur transnationalen Kooperation auch durch entsprechende Erfahrungen und damit verbundenen Sozialisationsprozessen speist.

Der Slogan „Europa liberal“ wurde – wie auch das Programm, der Wahlaufruf und das corporate design – von allen Mitgliedsparteien der ELD genutzt. „[Der Slogan] sagt, worum es bei der Wahl geht“:<sup>87</sup> im Fall der FDP ging es unzweifelhaft um ein liberales Europa. Hinsichtlich der Plakate war ein „ELD“-Plakat in einer Auflage von 183.000 Exemplaren sowie „regional differenzierte Dreierplakate“ in den Formaten DIN-A0 und DIN-A1 vorgesehen. Zwar muss einschränkend festgestellt werden, dass auf diesen Dreierplakaten nicht

82 ADL, Bestand, Bundesfachausschuss I für Außenpolitik, A44–29, Hans-Dietrich Genscher an die Vorsitzenden der F. D. P.-Landesverbände, 10.5.1977.

83 Vgl. ADL, Bestand, Bundesfachausschuss I für Außenpolitik, A44–29, Hans-Dietrich Genscher an die Vorsitzenden der F. D. P.-Landesverbände, 10.5.1977.

84 ADL, Bestand Präsidium, 5830, Vorlage für die Sitzung des Präsidiums am 8.12.1978.

85 Ebd.

86 Vgl. ADL, Bestand FDP-Europawahlkampfausschuss, 15472, Protokoll EWKA, 4.9.1978.

87 Steinsiefer-Pabst, Anita/Wolf, Werner: Wahlen und Wahlkampf in der Bundesrepublik Deutschland, Heidelberg 1984, hier S. 72.

nur der lokale Kandidat und der Spitzenkandidat Bangemann abgebildet waren, sondern auch der nicht-kandidierende Bundesvorsitzende, Außenminister und Vizekanzler Hans-Dietrich Genscher. Vollkommen auf einen nationalen Bezug verzichten wollten die Liberalen offenbar nicht. Ähnliches gilt für das Motiv aus der Anzeigen- und Flugblattkampagne mit dem Titel „Wenn Sie sonst Konservative oder Sozialisten wählen, wählen Sie für Europa liberal“, auf dem ebenfalls Genscher abgebildet war. Doch nimmt sich schon die Kritik am politischen Gegner wieder „transnational“ aus: es werden namentlich nicht die Unionsparteien und die SPD attackiert, sondern die Parteienzusammenschlüsse auf europäischer Ebene. Außerdem bekennt sich die FDP auf diesen Flugblättern zu ihrer Mitgliedschaft in der ELD. Auch in anderen Publikationen, beispielsweise der Mitgliederzeitschrift „Neue Bonner Depesche“ oder in den Pressemitteilungen fdk, wird offensiv mit der grenzüberschreitenden Kooperation und dem gemeinsamen Wahlkampf geworben.<sup>88</sup> Auf der fünften Sitzung des EWKA wurden die Kandidaten ausdrücklich dazu aufgefordert, an Podiumsdiskussionen teilzunehmen und die liberalen Standpunkte trennscharf herauszuarbeiten, „um nicht in der allgemein bei uns vorhandenen Europa-Bejahung unterzugehen“.<sup>89</sup>

Allerdings gab es über die Teilnahme an drei ELD-Kongressen und die Weisungen des Exekutivkomitees hinaus nur wenig konkrete Zusammenarbeit. Die Seminare über Inhalt und Organisation des Wahlkampfes wurden von der Friedrich-Naumann-Stiftung durchgeführt. Zwar bestand potenziell die Möglichkeit der Kooperation mit dem Deutschen Rat der LI sowie der Auslandsgruppe Europa, doch ist eine solche nicht dokumentiert. Trotz der Einrichtung einer zentralen, mit Brüssel in Verbindung stehenden Rednerkoordinierungsstelle nimmt sich auch das Ergebnis des grenzüberschreitenden Referentenaustauschs bescheiden aus.<sup>90</sup> Lediglich für drei Kandidaten sind insgesamt vier Auftritte im Ausland dokumentiert. Gaston Thorn, seinerzeit Premier Luxemburgs und ELD-Präsident, nahm an einer deutschen Wahlkundgebung sowie an einer Sitzung der FDP-Bundestagsfraktion mit anschließender Pressekonferenz teil. Gastauftritte anderer ELD-Mitglieder sind nicht dokumentiert.

## Die Direktwahl als Zäsur grenzüberschreitender Parteienzusammenarbeit? – Ein Fazit

Der Beschluss des Europäischen Rates im Dezember 1974 für die Durchführung von Europäischen Direktwahlen gab den politischen Parteien in der EG einen entscheidenden Impuls, ihre Kontakte zu intensivieren und mit der Gründung von Parteienbündnissen, der Erstellung von gemeinsamen Programmen und Symbolen eine neue Integrationsstufe zu erreichen. Der Begriff der Zäsur erscheint für diese Entwicklung passend. Nun schien ein Wahlkampf möglich, der ebenfalls von transnationaler Kooperation in Inhalt wie Organisation

88 Vgl. z.B. ADL, Bestand ADL, Bestand FDP-Europawahlkampfauusschuss, 15472, fdk-Ausgaben Nr. 47, 19.2.1979; Nr. 86, 28.4.1978; Nr. 221, 5.9.1978; ADL, Bestand AK IV FDP-Bundestagsfraktion, 6466, fdk-Ausgaben Nr. 88, 21.4.1978; Nr. 316, 4.12.1978; Nr. 321, 8.12.1978; Nr. 322, 11.12.1978.

89 ADL, Bestand FDP-Europawahlkampfauusschuss, 15472, Protokoll EWKA, 15.12.1978.

90 Ebd.

geprägt sein würde. Dies hätte ein maßgeblicher Schritt dahingehend sein können, das Konzept der repräsentativen Demokratie von der nationalen auf die europäische Ebene zu transponieren. Für die Parteien hätte es bedeuten können, die Arbeit innerhalb der Parteienbündnisse nicht als optionale Ergänzung der nationalen Agenda zu begreifen, sondern als notwendige Weiterentwicklung angesichts des Fortschritts der europäischen Einigung.

Diese Chance wurde von der SPD nicht ergriffen. Ihr Wahlkampf wurde inhaltlich auf Basis eines eigenen Programms geführt. Dabei gab es Kongruenzen mit den europäischen Dokumenten. Der Verlauf der Programmredaktion zeigt deutlich, dass die deutsche Mitgliedspartei sowohl personell als auch inhaltlich großen Einfluss auf die Arbeit im Bund der sozialdemokratischen Parteien nahm. Somit konnte sie ihre eigenen Vorstellungen implementieren und die Deutungshoheit über das Programm – sowohl über das entstehende europäische durch minimale Kompromisse wie auch über das deutsche – erhalten.

Die Organisation des Wahlkampfes oblag dem Präsidium der Bundespartei. Unterstützt wurde es dabei von der Arbeitsgruppe „Europäische Direktwahl“ und, sofern es das Wahlprogramm und die Vorbereitung des Listenparteitags in Köln 1978 betraf, der Europakommission. Neben den Inhalten des Wahlprogramms blieb auch die Gestaltung von Wahlkampfveranstaltungen in nationaler Kompetenz. Der Wahlkampfausschuss des Bundes spielte nur insofern eine Rolle, als in jenem Gremium der organisatorische Rahmen für die Fachkonferenzen, das Kandidatentreffen in Luxemburg und die Abschlusskundgebung in Paris sowie das corporate design für Drucksachen festgelegt wurden. Leider ist den Akten nicht zu entnehmen, inwiefern die Verwendung von Farben und Symbolen dadurch begründet war, nicht selbst investieren zu müssen und einfach auf Produkte des Bundes zurückgreifen zu können, zumal es sich dabei um eine Kreation des Deutschen Otl Aicher handelte. Ähnliches gilt für die Weiterbildungsangebote der EP-Fraktion. Es bleibt offen, ob SPD-Mitglieder an diesen Seminaren der EP-Fraktion teilgenommen haben und falls nicht, welche Gründe dafür sprachen, ausschließlich das Angebot der Friedrich-Ebert-Stiftung zu nutzen. So liegt die Vermutung nahe, dass die SPD auch hier so autonom wie möglich agieren wollte, um ihre deutschen Interessen besser umsetzen zu können. Die Stiftung hatte offensichtlich die Ressourcen, derlei Veranstaltungen durchführen zu können, so dass von einer Kooperation mit der Fraktion des Europäischen Parlaments abgesehen werden konnte. Nach einer mehrjährigen Phase intensiver grenzüberschreitender Kooperation folgte also der Rückzug ins Nationale, was umso frappanter erscheint angesichts des großen und durchaus erfolgreichen Engagements auf Ebene des Bundes.

Die Liberalen wiederum hatten die Pfade national begrenzt geführter Wahlkämpfe verlassen und eine bemerkenswerte Europa-Kampagne realisiert. Wie auch die deutschen Sozialdemokraten nahmen sie ob ihrer professionellen Struktur, soliden Finanzierung und Regierungsbeteiligung eine führende Rolle innerhalb des Parteienbündnisses ein und konnten sich effizient einbringen. Gleichwohl verlief die Programmredaktion harmonischer als bei den sozialdemokratischen Parteien, da die nationalen Interessen der Mitgliedsparteien weit weniger stark divergierten. Der deutsche Wahlkampf wurde zwar unter der Ägide der deutschen Partei geführt – allerdings auf Grundlage des auf transnationaler Ebene erarbeiteten Programms, mit EG-weit verwendeten Slogans und Symbolen sowie mit dem erklär-

ten Ziel, zu einem guten Abschneiden der ELD beizutragen. Als politische Mitbewerber wurden nicht die deutschen Parteien, sondern deren europäische Parteienbündnisse benannt. Das Wahlergebnis war jedoch mit 6 % der Stimmen<sup>91</sup> und damit 1,9 Prozentpunkten weniger als bei der Bundestagswahl 1976,<sup>92</sup> deren Ergebnis anvisiert worden war, für die FDP ernüchternd.<sup>93</sup> Dabei war die FDP im Gegensatz zur SPD davon ausgegangen, eine mehrheitlich europa-freundliche Anhängerschaft zu haben.<sup>94</sup> So muss den Liberalen das Wahlergebnis – ein Stimmenverlust von fast einem Viertel im Vergleich zur letzten Bundestagswahl – als „europapolitischer Märtyrertod“ erschienen sein, vor allem aber nach der Bundestagswahl 1980, bei der ein Ergebnis von 10,6 % der Stimmen erzielt wurde.<sup>95</sup> Die Liberalen hatten die Chancen zur grenzübergreifenden Kooperation ebenso wie zur Vertiefung der politischen Integration der EG vergleichsweise intensiv genutzt. Ob sie gerade deswegen oder unabhängig von der transnationalen Ausrichtung ihrer Kampagne ein schwaches Wahlergebnis erzielten, muss offen bleiben. In Anbetracht des Umstands, dass die SPD ebenfalls leichte Einbußen im Vergleich zu den Bundestagswahlen 1976 und 1980 hinnehmen musste, wohingegen die Unionsparteien, die seinerzeit nicht in Regierungsverantwortung waren, einen leichten Aufschwung verzeichnen konnten, liegt jedoch die Begründung durch das second-order national election-Konzept von Reif und Schmitt nahe. SPD und FDP wurden für ihre Politik auf nationaler Ebene abgestraft. Dass dieser Befund nach jeder Europawahl erneuert wurde und sich die Europawahlen bislang nicht von nationalen Wahlen emanzipieren konnten, hängt auch mit der unzureichenden Darstellung der transnationalen Kooperation im Rahmen der ersten Europäischen Direktwahl 1979 zusammen. Die Direktwahlen markierten demnach lediglich eine Zäsur in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit, was das strukturelle Niveau auf europäischer Ebene anbelangt. Das Potenzial, diese Wahlen zu einem genuin europäischen Ereignis zu machen und die neu geschaffenen, transnationalen Strukturen zu etablieren, wurde hingegen nicht ausgeschöpft.<sup>96</sup>

91 Vgl. Bundesergebnis der Wahl zum 1. Europäischen Parlament am 10. Juni 1979, <[www.bundeswahlleiter.de/de/europawahlen/fruehere\\_europawahlen/ew1979.html](http://www.bundeswahlleiter.de/de/europawahlen/fruehere_europawahlen/ew1979.html)> (6.6.2010).

92 Vgl. Bundesergebnis der Wahl zum 8. Deutschen Bundestag am 3. Oktober 1976, <[www.bundeswahlleiter.de/de/bundestagswahlen/fruehere\\_bundestagswahlen/btw1976.html](http://www.bundeswahlleiter.de/de/bundestagswahlen/fruehere_bundestagswahlen/btw1976.html)> (6.6.2010).

93 Vgl. Strohbecke: FDP, S. 48.

94 Vgl. ebd; vgl. Parteivorstand, Vorstandsssekretariat, Präsidiumssitzung, 18.9.1978, Mappe 92, Vorlage für die Sitzung des Präsidiums am 18.9.1978. Auch das Ergebnis der Eurobarometer-Umfrage Nr. 11 vom Mai 1979 dürfte den Liberalen keinen Anlass zur Sorge gegeben haben, vgl. dort insbesondere S. 14, 17, 32.

95 Vgl. Bundesergebnis der Wahl zum 9. Deutschen Bundestag am 5. Oktober 1980, <[www.bundeswahlleiter.de/de/bundestagswahlen/fruehere\\_bundestagswahlen/btw1980.html](http://www.bundeswahlleiter.de/de/bundestagswahlen/fruehere_bundestagswahlen/btw1980.html)> (6.6.2010).

96 Vgl. in diesem Sinne auch Claudia Hülsken: Ein europäisches Jahrhundertereignis? Die ersten Direktwahlen zum Europäischen Parlament 1979, in: Jürgen Mittag (Hg.): 30 Jahre Direktwahlen zum Europäischen Parlament (1979–2009). Europawahlen und EP in der Analyse, Baden-Baden 2011, S. 177–193.

